Landtag Nordrhein-Westfalen

13.Wahlperiode



Ausschussprotokoll 13/1343

13.10.2004

Ausschuss für Kommunalpolitik

61. Sitzung (öffen	tlic	h)
--------------------	------	----

13. Oktober 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz:

Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 7 und 9 - laut der ergänzten Einladung - werden einvernehmlich abgesetzt.

Zu TOP 10 - Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz - AGTierNebG NRW -, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/5930 - beschließt der Ausschuss ohne Diskussion einstimmig, auf ein Votum zu verzichten.

1 **Aktuelle Viertelstunde**

2

Stellung des Geschäftsführers des VRR Thema:

Haltung der Kommunalaufsicht zur Umstrukturierung des

VRR

Antrag der Fraktion der SPD

- Bericht von MDgt Winkel (IM)

2

- Aussprache

3

Ausschuss für Kommunalpolitik 61. Sitzung (öffentlich)

13.10.2004 ei-beh

Seite

8

2 Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW - NKFG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/5567

Ausschussprotokoli 13/1309

Vorlage 13/3037

Zuschriften 13/4214, 13/4256, 13/4257, 13/4271, 13/4275, 13/4276 und 13/4330

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf abschließend.

Sodann stimmt er über die vorliegenden Änderungsanträge wie folgt ab:

Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen (s. Drucksache 13/6094, Anlage 1) wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU (s. Drucksache 13/6094, Anlage 3) wird ohne Art. 1 Nr. 1 zur Abstimmung gestellt und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP (s. Drucksache 13/6094, Anlage 4) wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Nr. 1 des Änderungsantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (s. Drucksache 13/6094, Anlage 2) wird als gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung gestellt und mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Die übrigen Ziffern des Änderungsantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (s. Drucksache 13/6094, Anlage 2) werden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP angenommen.

Ausschuss für Kommunalpolitik 61. Sitzung (öffentlich)

13.10.2004 ei-beh

Seite

11

In der Gesamtabstimmung wird der Gesetzentwurf Drucksache 13/5567 mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Berichterstatter: Ralf Jäger (SPD)

3 Einrichtung für delinquente Kinder als Beitrag zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der Inneren Sicherheit in NRW

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4400

Ausschussprotokoll 13/1264

Nach abschließender Beratung **empfiehlt** der Ausschuss für Kommunalpolitik dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

4 Befreiung von Vorschriften der VOB/A Erster Abschnitt - 14 2. Modellversuch für Kommunen

Vorlage 13/2855

Bericht der Landesregierung über die bisherigen Erfahrungen

Nach kurzer Verfahrensaussprache wird Einvernehmen erzielt, die Berichterstattung und Beratung auf einen Zeitpunkt nach Vorliegen der Zwischenergebnisse zu verschieben.

5 Anwendung der Experimentierklausel (§ 126 GO) zu § 27 GO - Ausländerbeiräte/Integrationsräte

Bericht des Innenministeriums über die bisherigen Erfahrungen/Anträge Vorlage 13/3022

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache entgegen.

13.10.2004

ei-beh Seite

6 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren

IV

15

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/5945

Der Ausschuss debattiert über den Antrag und stimmt darüber ab.

Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag abzulehnen.**

Nach Abwicklung der Tagesordnung

19

Ausschuss für Kommunalpolitik
61. Sitzung (öffentlich)

13.10.2004

ei-ke

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Jürgen Thulke schlägt die Absetzung mehrer Tagesordnungspunkte vor. Bei Herausgabe der Einladung sei noch nicht absehbar gewesen, dass es dazu Verfahrensschritte geben würde, die eine Beratung am heutigen Tag unsinnig erscheinen ließen.

Erstens sollte der neue **TOP 4** - zwei Gesetzentwürfe zur Korruptionsbekämpfung - vor dem Hintergrund abgesetzt werden, dass zu dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen im federführenden Innenausschuss eine Anhörung oder ein Sachverständigengespräch beschlossen werden solle. Im Falle einer Anhörung sollte sich der Ausschuss für Kommunalpolitik auf eine nachrichtliche Beteiligung verständigen.

Zweitens empfehle er, die neuen **TOP 5 und 6** - Ausführungsgesetz zum SGB II sowie Änderungsgesetz zum ÖGDG - ebenfalls zurückzustellen, da der federführende AGS-Ausschuss beschlossen habe, dazu jeweils eine Anhörung am 17. November - vormittags und nachmittags - durchzuführen, an der sich der Ausschuss für Kommunalpolitik nachrichtlich beteiligen könne.

Drittens sollte der neue **TOP 7** - Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes - abgesetzt werden, weil der federführende Ausschuss dazu kurzfristig am 29. September ein Expertengespräch durchgeführt habe, sodass es sinnvoll sei, zunächst das Protokoll darüber abzuwarten.

Viertens sei zum neuen **TOP 9** - Gesetz zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes - seitens des federführenden Verkehrsausschusses eine schriftliche Anhörung eingeleitet worden; die kommunalen Spitzenverbände könnten sich bis zum 10. November dazu äußern. Eine Beratung vor Eingang der Stellungnahmen sei wenig sinnvoll, sodass auch dieser Punkt abgesetzt werden sollte.

Der Ausschuss stimmt allen Vorschlägen zu.

Zu TOP 10 - Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz - AGTierNebG NRW - schlägt Dr. Ingo Wolf (FDP) vor, im Hinblick darauf, dass am 14. Oktober 2004 dazu ein Obleutegespräch im federführenden Ausschuss stattfinde, die Beratung zu verschieben oder den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben. - Für Letzteres plädieren sowohl Ralf Jäger (SPD) wie auch Manfred Palmen (CDU) unter Hinweis darauf, dass die kommunalen Belange ohnehin reduziert seien. - Der Ausschuss beschließt das einvernehmlich.

Mit dem weiteren Vorschlag des Vorsitzenden, den neuen TOP 11 - Einrichtung für delinquente Kinder ... - vorzuziehen, damit die Vertreterin des zuständigen Ministeriums nicht in Terminkollisionen gerate, ist der Ausschuss ebenfalls einverstanden.